



Presseschau vom 07.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Alexej Sakwasin: Warum die NATO-Russland-Grundakte die bestehenden Probleme nicht gelöst hat

Vor 25 Jahren wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet, die das Fundament für eine neue Beziehung zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und Moskau legen sollte. Inzwischen wurde sie von der NATO gekündigt. Aber Experten sagen, das Militärbündnis habe nie die Absicht gehabt, das Dokument von 1997 umzusetzen. ...

<https://kurz.rt.com/305p> bzw. [hier](#)

Jegor Cholmogorow: Nichts wird die Russen dazu bringen, eine Trennung von der Ukraine zu akzeptieren

Die verflochtenen Wurzeln der Geschichte erklären, warum Russland die Ukraine nicht loslassen kann. Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte bedeuten, dass das Schicksal Kiews immer ein zentrales Interesse Moskaus bleiben wird. ...

<https://kurz.rt.com/2zvd> bzw. [hier](#)

Murat Gazdijew: "Fehler solcher Länder wie der USA": Über die Ursachen der weltweiten Nahrungsmittelkrise

Für die Krise auf dem globalen Lebensmittelmarkt waren nicht die Ereignisse rund um die Ukraine ausschlaggebend, sondern die Fehler der westlichen Länder im Bereich der Geld- und Energiepolitik. Dies sagte Maxim Oreschkin, der Adjunkt des russischen Präsidenten, in einem exklusiven Interview mit RT.

<https://kurz.rt.com/30a6> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: Wie sieht die Zukunft der von Russland kontrollierten Regionen der Ukraine aus?

Die Wiederherstellung des friedlichen Lebens in den Gebieten unter russischer Kontrolle ist eines der wichtigsten Ziele, während die militärische Spezialoperation in der Ukraine voranschreitet. Für Russland und die russische Wirtschaft sind diese Landstriche von strategischer Bedeutung. ...

<https://kurz.rt.com/308t> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Lawrows Reise nach Serbien verhindert – Vučić: Der Westen möchte Hysterie erzeugen

Es geschah, was von bestimmten Kreisen im Westen angekündigt und vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić nach einem Treffen mit dem russischen Botschafter in Belgrad Aleksandar Bocan-Kharchenko, bestätigt wurde: "Lawrow kommt nicht nach Serbien, Kharchenko hat mir die Gründe mitgeteilt", kommentierte Vučić auf Instagram. ...

<https://kurz.rt.com/30bz> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:10 de.rt.com: Selenskij bestätigt Gefangennahme der Garnison von Asow-Stahl

Gut zwei Wochen nach der Kapitulation der im Hüttenwerk Asow-Stahl eingeschlossenen ukrainischen Truppen hat der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij bestätigt, dass etwa

2.500 ukrainische Militärangehörige aus dem Werk sich in russischer Kriegsgefangenschaft befinden. Eine entsprechende Meldung erschien auf dem Telegram-Kanal des ukrainischen Nachrichtenportals Strana. Darin wird Selenskij wie folgt zitiert:

"Die Kriegsgefangenen befinden sich leider in den Händen der Russischen Föderation."

Dem Präsidenten zufolge erhielt die Hauptverwaltung des ukrainischen Nachrichtendienstes die Aufgabe, für einen Austausch der Kriegsgefangenen zu sorgen.

Russlands Verteidigungsministerium hatte die Kapitulation von über 2.400 auf dem Gelände von Asow-Stahl eingeschlossenen ukrainischen Militärangehörigen bereits in der vorletzten Maiwoche gemeldet. Die Kapitulation sei dabei ohne Vorbedingungen erfolgt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629e410eb480cc2a32229b7d.jpg>

20:15 de.rt.com: **USA wollen Monopol Chinas für Metalle der Seltenen Erden brechen**

Die Volksrepublik China kontrolliert seit den 1990er Jahren einen Großteil der weltweit gehandelten Seltenerdmetalle. Diese sind jedoch für diverse Hightech-Produkte unverzichtbar. Peking könnte mit einem Ausfuhrstopp auch das US-Militär treffen.

Die Vereinigten Staaten sind der weltweit größte Exporteur von Rüstungsgütern, auf den zwischen den Jahren 2017 und 2021 mehr als 38 Prozent der internationalen Waffenverkäufe entfallen. Das Pentagon ist auch der größte Einzelabnehmer des militärisch-industriellen Komplexes der USA, dessen Militärausgaben in Höhe von 801 Milliarden Dollar den Rüstungsetat der allerwichtigsten Gegner Washingtons zusammen in den Schatten stellen. China kontrolliert fast 90 Prozent der weltweiten Vorräte an Metallen der Seltenen Erden und könnte somit US-Militärflugzeuge zum Stillstand zwingen, US-amerikanische Panzer lahmlegen, die fortschrittlichsten Boden-Luft-Raketen Washingtons am Start hindern und den Truppen verwehren, mit ihren tragbaren Funkgeräten zu kommunizieren. Einem Bericht von Fox News zufolge sind sich der Kongress und das Pentagon der Problematik bewusst und wollen Geld in die Hand nehmen, um das Problem zu lösen.

Ende letzten Monats forderten Gesetzgeber des für die Streitkräfte zuständigen US-Repräsentantenhauses einen Sonderfonds für Seltenerdmetalle im US-Verteidigungshaushalt für das Jahr 2023. Das Pentagon selbst beantragte eine Finanzspritze in Höhe von 253,5 Millionen Dollar für die Beschaffung von strategischen Rohstoffen, darunter Titan, Wolfram und Kobalt.

Die Abgeordneten des Senatsausschusses für Streitkräfte legten derweil einen eigenen Gesetzentwurf vor, der sowohl Geldmittel für Mineralien als auch staatliche Anreize für deren Abbau in den USA vorsieht.

Der überparteiliche Gesetzentwurf wurde von dem Republikaner Tom Cotton und dem Demokraten Mark Kelly vorgeschlagen. Kelly, ein Astronaut im Ruhestand, behauptete, dass er die Auswirkungen des chinesischen Abbaus von Metallen der Seltenen Erden bei einem

Flug ins All sehen konnte. Gegenüber Fox News sagte der US-Politiker:
"Ich bin schon viele Male im Weltraum über China geflogen und habe diesen Planeten Hunderte Male umkreist. Wenn man über China hinunterschaut, sieht man Seen mit sehr seltsamen Farben. Das liegt daran, dass dort Metalle der Seltenen Erden verarbeitet werden. Das ist ein sehr schmutziger Prozess."

Cotton warnte, dass die bestehenden Vorräte des Pentagon an Metallen der Seltenen Erden "weniger als ein Jahr" reichen würden, wenn China die Lieferungen unterbrechen würde. Der Direktor des Ronald-Reagan-Instituts, Roger Zakheim, beklagte, dass die USA China praktisch das Monopol in diesem Bereich "überlassen" hätten:

"Wir haben es im Wesentlichen an China abgetreten, und das wirkt sich auf alles aus, von unseren F-35 Kampfflugzeugen bis hin zu den Telefonen, die wir jeden Tag in unserem Leben benutzen."

Die USA waren die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts weltweit führend in der Produktion und Verarbeitung von Metallen der Seltenen Erden, gaben diese Position aber in den 1980er Jahren an China ab, das den Großteil des Marktes kontrolliert.

Mit der langsamen Verschlechterung der Beziehungen ab Mitte der 2010er Jahre begannen US-Beamte und Medien, sich über Chinas Dominanz bei den Seltenerdmetallen zu beschweren. Allerdings kam das Thema wiederholt während der Handelskriege Washingtons mit Peking zu Zeiten der Präsidentschaft von Donald Trump zur Sprache. In den letzten drei Jahren kündigten US-Vertreter eine Reihe von Plänen zur Diversifizierung der Produktion und Verarbeitung von Seltenerdmetallen nach Afrika, Australien und sogar Großbritannien an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629cbc2148fbef799931d181.jpeg>

20:38 de.rt.com: **Sanktionskrieg gegen das Kriegsmuseum: Westen setzt russischen Museumsleiter auf Sanktionsliste**

Der Leiter des Museums des Großen Vaterländischen Krieges landet als einziger Museumsangestellter Russlands auf der Sanktionsliste des Westens – ein Präzedenzfall. Er selbst meint dazu: Die Verhängung der Sanktionen zeige, dass man alles richtig mache. Großbritannien und Australien haben den Direktor des Museums des Großen Vaterländischen Krieges in Moskau kürzlich auf die Sanktionsliste gesetzt. Damit ist er der einzige russische Museumsleiter, der unter den Sanktionen steht. Die Fachzeitung The Art Newspaper beruft sich auf die Erklärung des britischen Office of Financial Sanctions Implementation, in der es heißt: Alexander Schkolnik habe "seine Position als Leiter einer bedeutenden nationalen Kultureinrichtung genutzt, um Desinformationen zu verbreiten, einschließlich der Unterstützung und Förderung des falschen Narrativs der russischen Regierung, wonach die Invasion in der Ukraine eine Übung zur 'Entnazifizierung' sei". Schkolnik, so gehe es in dem Dokument weiter, "hat daher politische Maßnahmen und Aktionen unterstützt oder gefördert, die die Ukraine destabilisieren und die territoriale Integrität, Souveränität oder

Unabhängigkeit des Landes bedrohen".

Der Museumsdirektor dürfte vor allem wegen der Ausstellung "Der gewöhnliche Nationalsozialismus", die erfolgreich in seinem Museum gezeigt wird, mit Sanktionen belegt worden sein. Das Thema der Ausstellung: der ukrainische Nazismus während des Zweiten Weltkrieges und seine Verbindung zum Neonazismus in der heutigen Ukraine.

Schkolnik selbst nimmt die Aufnahme auf die Sanktionsliste nicht tragisch und bemerkt in einem Kommentar für die Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Ich bin solchen Entscheidungen über die Verhängung von Sanktionen gegenüber positiv eingestellt. Ich denke, das ist ein Gradmesser unserer Arbeit. Das bedeutet, dass wir alles richtig machen."

Im Ausland würden die Äußerungen und Handlungen aller russischer Museumsleiter beobachtet, so The Art Newspaper – am genauesten jedoch die von Michail Piotrowski, dem Direktor des Staatlichen Eremitage-Museums in St. Petersburg. Da er die Präsidentschaftskampagnen des russischen Staatsoberhauptes unterstützt und sich nicht gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen habe, wurde er – genauso wie die Leiter anderer großen Kunstmuseen Russlands – von der Bizot Gruppe der weltweit führenden Museumsdirektoren suspendiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629e1c01b480cc2a0e4ceaf9.jpg>

Der Direktor des Museums des Großen Vaterländischen Krieges Alexander Schkolnik

20:39 de.rt.com: **UN-Vertreter: Keine Absicht, die russische Sprache einzuschränken**

Die UNO halte sich von der allgemeinen Abschaffung der russischen Kultur fern, wie das Sekretariat des Generalsekretärs der Organisation bestätigte. Sie habe nicht vor, den jährlich gefeierten Internationalen Tag der russischen Sprache aufzugeben.

Der internationale Tag der russischen Sprache, der am 6. Juni weltweit seit mehr als zehn Jahren gefeiert wird, werde trotz des Ukraine-Konflikts weiterhin von den Vereinten Nationen unterstützt, bestätigte der Vertreter der Organisation Stéphane Dujarric der Nachrichtenagentur TASS.

"Die Veranstaltungen zur Förderung der russischen Sprache werden wie üblich auf den UN-Webseiten und in den sozialen Medien stattfinden", sagte der Sprecher des UN-Generalsekretärs. Er fügte hinzu, dass ihm "kein Versuch des Sekretariats" bekannt sei, die russische Sprache einzuschränken.

Auch die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen werde Veranstaltungen zum Tag der russischen Sprache organisieren, so der Berater der Ständigen Vertretung Russlands bei der UNO Fjodor Strschischowski gegenüber TASS. "Dieser Feiertag ist zu einem traditionellen Anlass geworden, um die Rolle der russischen Sprache in der modernen Welt und ihren Beitrag zur Entwicklung der internationalen Kommunikation zu betonen", meinte er. "In diesem Jahr werden wir unsere Follower in den sozialen Medien über die

offiziellen russischsprachigen Medienressourcen der UNO informieren."

Russisch gehört neben Englisch, Arabisch, Spanisch, Chinesisch und Französisch zu den sechs offiziellen Sprachen der Vereinten Nationen. Der internationale Tag der russischen Sprache war von der UNO ausgerufen worden, im Jahr 2010 wurde er zum ersten Mal begangen. Der Feiertag ist jährlich am 6. Juni, am Geburtstag des russischen Dichters Alexander Sergejewitsch Puschkin, der als große Reformers der russischen Literatur und "Begründer der russischen Sprache" gilt. Dieser Tag wird von der UNO in der Regel mit den verschiedenen Online-Veranstaltungen gewürdigt.

Auch Vertreter der Vereinigten Staaten haben offenbar beschlossen, sich den Feierlichkeiten zum Tag der russischen Sprache und zum Geburtstag Puschkins heuer anzuschließen. Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, habe die US-Botschaft in Moskau am 6. Juni dem russischen Dichter auf ihrem Telegram-Kanal zu seinem Geburtstag gratuliert – und ihn dabei als "[Iwan](#)" bezeichnet:

"Alles Gute zum Geburtstag, Iwan Sergejewitsch!", hieß es in der Veröffentlichung. Später wurde der Fehler jedoch korrigiert, so RIA Nowosti.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629deec048fbef0ee30bdf64.jpg>

21:40 de.rt.com: **Über 70.000 Anträge auf russische Staatsbürgerschaft im Gebiet Saporoschje**

Wladimir Rogow, ein Mitglied des militärisch-zivilen Verwaltungsrats des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje, hat der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitgeteilt, dass in der Region bereits über 70.000 Anträge auf die russische Staatsbürgerschaft eingereicht wurden. Rogow zufolge ist der Andrang so groß, dass die Wartezeiten in den Amtsstuben acht bis neun Stunden erreichen können:

"Die Menschen schaffen es physisch nicht. Der Betrieb läuft während der gesamten Arbeitszeit und sogar etwas länger."

Der Politiker betonte, dass unter den Antragstellern sich auch viele junge Menschen befinden: "Unter den Antragstellern sind ein bedeutender Teil, wenn nicht gar der Großteil, junge Menschen. Man kann nicht sagen, dass nur Rentner nach Russland wollen. Wir wollen mit Russland sein, wir wollen in Russland sein, wir wollen Russland sein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629e5681b480cc2b3939fc81.jpg>

21:55 de.rt.com: **Puschilin schließt Todesstrafe für britische Söldner nicht aus**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik hat bekannt gegeben, dass der Prozess gegen britische Söldner in der Republik eröffnet wurde. Zuvor hatten Vertreter der Donezker Volksrepublik verkündet, dass ukrainische Militärangehörige, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, vor ein Tribunal gestellt werden sollen.

Puschilin erklärte, dass es sich beim Prozess gegen britische Söldner noch nicht um das angekündigte Tribunal handelt. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 24 sagte er: "Falls wir über den heutigen Tag sprechen, ist es noch kein Tribunal, es ist ein Gerichtsverfahren gegen ausländische Söldner, in diesem Fall Briten. Sie haben eine ganze Reihe ernsthafter Verbrechen begangen. Und während der ersten Sitzung heute wurde die Anklage erhoben. Das, was ihnen vorgeworfen wird, schließt eine Anwendung der Todesstrafe nicht aus."

21:28 de.rt.com: **Gefährliche Konfrontationen zwischen chinesischen und westlichen Militärflugzeugen im Meer um China**

Parallel zu den wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen China und einer Reihe westlicher Staaten, darunter auch Australien und die USA, steigt die Anzahl potenziell gefährlicher Konfrontationen zwischen den beteiligten Streitkräften.

Vor wenigen Tagen ist es zwischen chinesischen und westlichen Militärflugzeugen im Seegebiet vor China zu einer Konfrontation gekommen, wie chinesische und australische Medien übereinstimmend berichteten. Die chinesische parteinahe Zeitung Global Times berichtete unter Berufung auf chinesische Quellen und Analysten, Kampfflugzeuge der Volksbefreiungsarmee hätten provokative Aufklärungsflüge von australischen und kanadischen Überwachungsflugzeugen jeweils über dem Ostchinesischen und Südchinesischen Meer abgewehrt.

Obwohl diese beiden westlichen Staaten selbst zuerst diese provokativen Missionen durchgeführt hätten, seien sie dann die Ersten gewesen, die sich öffentlich über Chinas Reaktion beschwert hätten.

Berichte, denen zufolge chinesische Militärflugzeuge kanadische Militärflugzeuge "überflogen" hätten, entsprächen nicht der Wahrheit, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute chinesische Quelle der Global Times am Sonntag.

Am Donnerstag hatte CNN berichtet, dass die kanadischen Streitkräfte am Mittwoch China beschuldigt hatten, mehrmals kanadische Aufklärungsflugzeuge überflogen zu haben. Die kanadischen Militärflugzeuge seien zum Zeitpunkt des Vorfalls an einer Mission beteiligt gewesen, deren Ziel es gewesen sei, zur "Durchsetzung der Sanktionen der Vereinten

Nationen gegen Nordkorea" beizutragen, so die kanadischen Vertreter.

In einigen Fällen hätten sich die chinesischen Kampffjets so nahe an die kanadischen Aufklärungsflugzeuge genähert, dass diese abdrehen mussten, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, behauptete das kanadische Militär.

Dagegen erklärten die chinesische Quellen der Global Times, dass es in Wahrheit die kanadischen Kampfflugzeuge gewesen seien, die bis ins Ostchinesische Meer geflogen sind und dort Aufklärungsflüge und Provokationen gegen China durchführten. Das Verhalten der chinesischen Flugzeuge gegenüber den kanadischen Aufklärungsflugzeugen wäre völlig legitim gewesen.

Ein weiterer Vorfall soll sich zwischen chinesischen und australischen Flugzeugen ereignet haben. Am Sonntag erklärte das australische Verteidigungsministerium in einer Presseerklärung, dass ein Aufklärungsflugzeug des australischen Militärs während einer routinemäßigen Überwachungsmission über dem Südchinesischen Meer am 26. Mai von einem chinesischen Kampfflugzeug abgefangen worden sei. Das Manöver habe die Sicherheit des australischen Flugzeugs und dessen Crew bedroht.

Das australische Verteidigungsministerium erklärte, dass der chinesische Kampffjet Leuchtraketen abfeuerte, während es dicht neben dem australischen Flugzeug flog, bevor es vor dem australischen Flugzeug abdrehte und einen Sack voller Aluminiumdüffel in dessen Flugbahn abwarf, die in das Triebwerk des australischen Flugzeugs gesogen wurden.

Analysten erklärten der Global Times, dass die australischen Flugzeuge wie die kanadischen wahrscheinlich ebenfalls Aufklärungsflüge im Nahbereich durchführten und somit China provozierten. Es sei möglich, dass das australische Flugzeug kurz davorstand, chinesischen Luftraum zu verletzen, oder dies sogar getan hatte. Ebenso sei möglich, dass das australische Flugzeug auf gefährliche Weise maritime Übungen der Luftstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee störte.

Sollte das chinesische Flugzeug wirklich Leuchtraketen und Aluminium-Täuschkörper eingesetzt haben, sei es möglich, dass das australische Aufklärungsflugzeug zuvor seinerseits seinen sogenannte "Jammer Pod" – eine Art Störsender – benutzt habe, um das chinesische Flugzeug zu täuschen, wodurch das Selbstverteidigungssystem des chinesischen Flugzeugs ausgelöst worden sein könnte, das so programmiert ist, dass es die Leuchtraketen und Aluminiumdüffel zur Selbstverteidigung automatisch auslöst, so der chinesische Militärexperte Zhang Xuefeng gegenüber der Global Times.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629dee72b480cc474b299262.jpg>

vormittags:

6:45 de.rt.com: **Steigende Energiekosten: Polen dürfen Holz zum Heizen sammeln**

Den Bürgern Polens ist es nun erlaubt, angesichts steigender Energiekosten zum Heizen Äste aus den Wäldern zu sammeln. In Polen herrscht Kohleknappheit, nachdem es russische Importe verboten hat.

Die Behörden in Warschau haben den Bürgern erlaubt, in den Wäldern nach Brennholz zu suchen, um ihre Häuser zu heizen, da die Energiekosten in die Höhe schnellen. Polen befindet sich inmitten einer Kohleknappheit, nachdem es russische Importe verboten hat.

"Es ist immer möglich, mit Zustimmung der Förster Äste für Brennmaterial zu sammeln", wurde der stellvertretende Minister für Klima und Energie, Edward Siarka, am Montag von Next Gazeta zitiert.

Diejenigen, die Holz sammeln wollen, müssen zunächst eine Schulung absolvieren und eine Genehmigung von der örtlichen Forstbehörde erhalten. In dem Bericht heißt es weiter, dass nur Äste gesammelt werden dürfen, die bereits auf dem Boden liegen, und keine Bäume gefällt werden dürfen.

"Es dürfen nur Äste gesammelt werden. Gleichzeitig dürfen die gesammelten Äste nicht dicker als sieben Zentimeter sein", sagte Marek Mróz, Beamter der Staatlichen Forstdirektion Kattowitz.

Er erklärte, dass die Äste zum örtlichen Förster gebracht werden müssen, der eine Rechnung ausstellt. Die Sammler müssen zwischen sieben und 30 Złoty (etwa 6,45 Euro) für etwa 0,25 Kubikmeter Brennholz bezahlen.

Die Regierung des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki machte den Krieg in der Ukraine für die explodierenden Energiekosten verantwortlich. Kritiker sagen jedoch, dass der Konflikt nur zum Teil schuld sei, da die Kosten seit sieben Jahren gestiegen seien. Die Inflation in Polen ist in den letzten Wochen auf 14 Prozent gestiegen, wobei die Kraftstoffpreise acht Złoty (1,47 Euro) pro Liter erreichten.

Seit dem Verbot russischer Kohle übersteigt die Nachfrage nach Rohstoffen in Polen bei Weitem die heimische Produktion. Während des militärischen Konflikts in der Ukraine forderte Warschau ein vollständiges Embargo für russische Energie. Im März erklärte der EU-Staat, er werde alle russischen Energieimporte, einschließlich Öl, Gas und Kohle, bis Ende 2022 einstellen.

Medienberichten zufolge stellte Polen seine Holzimporte aus Russland und Weißrussland mit dem Ausbruch des Konflikts vollständig ein, und die Importe aus der Ukraine gingen um rund 75 Prozent zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629e2055b480cc2eca6a2887.jpg>

7:00 de.rt.com: **Botschafter: US-Geheimdienste versuchen, russische Journalisten zur Zusammenarbeit zu bewegen**

Nach Angaben des russischen Botschafters in den USA Anatoli Antonow versuchen die US-Geheimdienste, russische Medienschaffende zur Zusammenarbeit zu bewegen. Seine Worte wurden auf dem Telegram-Kanal der diplomatischen Vertretung zitiert. Er erklärte:

"Russische Journalisten, die in die USA entsandt wurden, werden schikaniert. Sie sind mit

einem direkten Verbot von Übertragungen auf US-Territorium konfrontiert. Ihr Zugang zu offiziellen Veranstaltungen ist eingeschränkt. Das Verfahren zur Erlangung eines Arbeitsvisums ist kompliziert. Bankkonten sind gesperrt. Die Geheimdienste wenden sich an unsere Medienmitarbeiter, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen."

Darüber hinaus versuche Washington, den offiziellen Vertretern Russlands in den USA eine Informationsblockade aufzuerlegen, so der Botschafter:

"Zahlreiche Versuche der Botschaft, den Bürgern der Vereinigten Staaten unseren Standpunkt zu aktuellen Fragen der internationalen Politik zu vermitteln, werden mit wenigen Ausnahmen von lokalen Publikationen sofort als 'böartige Propaganda' abgetan. Es gibt keine Möglichkeit, Material zu veröffentlichen, auch nicht auf kommerzieller Basis."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ed37e48fbef11e2743919.jpg>

7:25 de.rt.com: **Japan verlängert Exportsanktionen gegen Russland und friert Mittel von zwei weiteren Banken ein**

Tokio wird Sanktionen über eine weißrussische und zwei weitere russische Banken verhängen und das Ausfuhrverbot nach Russland ausweiten. Dies teilte das japanische Außenministerium am Dienstag mit.

Im Rahmen des neuen Sanktionspakets werden die Vermögenswerte der Rosselchosbank, der Moscow Credit Bank und der Weißrussischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau eingefroren. Zahlungen und Transaktionen mit diesen Organisationen bedürfen der Genehmigung durch die japanischen Behörden. Die Maßnahmen sollen am 7. Juli in Kraft treten.

Das Exportverbot gilt für Güter, die "zur Stärkung der industriellen Infrastruktur beitragen". Es ist noch nicht klar, um welche Produkte es sich handelt.

7:45 de.rt.com: **Zehn Tote und 17 Verletzte in DVR nach Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Innerhalb der vergangenen 24 Stunden wurden in der Volksrepublik Donezk durch den Beschuss ukrainischer Truppen insgesamt zehn Menschen getötet, weitere 17 Zivilisten wurden verletzt. Dies meldete der Stab der Territorialverteidigung der DVR am Dienstag auf seinem Telegram-Kanal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ee020b480cc107e56d7ab.jpg>
g

Ein Haus in Donezk, das infolge ukrainischen Beschusses von einer Granate getroffen wurde, 6. Juni 2022

8:09 de.rt.com: **Joe Biden ruft Energienotstand aus**

Joe Biden hat erklärt, sein Land sei möglicherweise nicht in der Lage, genügend Strom zu erzeugen, um die Nachfrage der Verbraucher zu decken. Hierfür verantwortlich sei Russland. Gleichzeitig machte Biden aber auch den anhaltenden Konflikt in der Ukraine verantwortlich. Am Montag rief US-Präsident Joe Biden den landesweiten Energienotstand aus und erklärte, die nationale Sicherheit und die Lebensqualität in den USA seien durch mögliche Engpässe in der Stromversorgung gefährdet. Er berief sich auf den Defense Production Act, der ursprünglich Teil einer industriellen Mobilisierungsmaßnahme als Reaktion auf den Koreakrieg ist, um die inländische Produktion von Solarzellen und anderen Formen "sauberer" Energie anzukurbeln und die Stromversorgung zu erhöhen. In seiner Notstandserklärung verkündete Biden:

"Mehrere Faktoren bedrohen die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ausreichend Strom zu erzeugen, um die erwartete Kundennachfrage zu decken."

"Zu diesen Faktoren gehören Störungen der Energiemärkte, die durch den Einmarsch Russlands in der Ukraine verursacht wurden, und extreme Wetterereignisse, die durch den Klimawandel noch verschärft werden."

Die zunehmende Abhängigkeit von erneuerbaren Energiequellen wurde für die Unterbrechungen der Stromversorgung in US-Bundesstaaten wie Kalifornien und Texas verantwortlich gemacht. Die Versorgung mit Solar- und Windenergie schwankt, sodass in Zeiten hoher Nachfrage nicht immer ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht. So froren beispielsweise Windturbinen während eines historischen Wintereinbruchs im vergangenen Jahr in Texas ein und trugen zu Stromausfällen bei, die 246 Todesfälle und Schäden in Höhe von mindestens 195 Milliarden US-Dollar verursachten.

Bidens Notstandserklärung beinhaltet eine zweijährige Befreiung von Sonderzöllen auf Solarpaneele aus vier südostasiatischen Ländern. Die Abgaben waren für die Verzögerung großer Solarprojekte in den USA verantwortlich gemacht worden. Etwa drei Viertel der in den USA installierten Solarmodule werden aus Südostasien importiert.

Zudem hat der US-Präsident Russland für die Rekordpreise für Kraftstoffe und den Anstieg der Inflation auf ein 40-Jahres-Hoch in den USA verantwortlich gemacht. Auch die drohende weltweite Nahrungsmittelkrise führt Biden auf den Konflikt zwischen Russland und der

Ukraine zurück.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629ee2a148fbef0ee30bdfdf.jpg>

8:10 de.rt.com: **Vučić: "Bin nicht überrascht über die Hindernisse bei Lawrows Besuch"**
Serbiens Präsident Aleksandar Vučić stellte fest, er sei nicht überrascht von den Hindernissen, die zur Terminverlegung des Besuchs des russischen Außenministers Sergei Lawrow in Belgrad geführt haben, als einige NATO-Staaten dem russischen Flugzeug den Luftraum sperren. Vor dem geplanten Besuch am 6. und 7. Juni herrschten Druck und eine angespannte Atmosphäre auf Belgrad. Vučić sagte im serbischen Rundfunk und Fernsehen:
"Ich bin nicht überrascht, dass der Besuch verschoben worden ist. Es gab Versuche, die Reiseroute und Länder zu ändern, die ein Flugverbot für das Flugzeug des russischen Außenministers verhängt haben. Natürlich wird man Unmut und Ablehnung gegenüber den Versuchen zum Ausdruck bringen, das Gespräch zu unterbinden, und vor allem gegenüber der Atmosphäre rund um den Besuch von Sergei Lawrow in Belgrad."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ed65448fbef16195e53ec.jpg>

8:35 de.rt.com: **Sergei Lawrow: Der Westen hat keinen Respekt vor der Freiheit Serbiens**
Russlands Außenminister Sergei Lawrow gab am Montag in Moskau eine Online-[Pressekonferenz](#) zu aktuellen internationalen Themen. Seine Serbien-Reise musste abgesagt werden, da mehrere Länder den Luftraum für sein Flugzeug gesperrt hatten. Lawrow kommentierte den Vorfall.

Ursprünglich hätte der russische Außenminister Sergei Lawrow am 6. und 7. Juni in Serbien empfangen werden sollen, doch Bulgarien, Montenegro und Nordmazedonien hatten den Luftraum für seine Maschine gesperrt. Lawrow bezeichnete die Entscheidung, sein Flugzeug nicht durchzulassen, als "undenkbar". "Aus der Sicht des Westens sollte Serbien keine Wahl haben, keine Freiheit haben, seine Partner zu wählen", erklärte er. Dies sei "zynisch", aber nicht überraschend. Der Westen gebe dadurch zu verstehen, dass er weiterhin Druck auf Moskau ausüben werde. Montenegro, Nordmazedonien und ähnliche Länder würden von der NATO ausgenutzt, um den "antirussischen Waffenplatz" auszubauen. Der Politiker betonte:

"Wenn der Besuch des Außenministers in Serbien im Westen fast schon als Bedrohung auf globaler Ebene betrachtet wird, dann stehen die Dinge im Westen offensichtlich ziemlich schlecht".

Auf die Frage des RT-Reporters Murad Gasdijew, ob solche Schritte bald zur Norm werden, sagte Lawrow, dass sie für die EU und die NATO bereits zur Norm geworden seien. "Man hat dort immer mehr Angst vor der Wahrheit", so Lawrow. Aus demselben Grund seien im Westen alle alternativen Nachrichtenquellen gesperrt worden. Brüssel habe beschlossen, über das Schicksal aller Länder Europas zu entscheiden, auch derjenigen, die nicht Mitglieder der EU seien. In Bezug auf die Bestrebungen der EU, neue EU-Mitglieder von der Russophobie zu überzeugen, hob Lawrow die Position Serbiens in den Beziehungen zu Russland hervor. Er schätze "die mutige Position Serbiens", vor allem die von Präsident Aleksandar Vučić, der sich nicht an antirussischen Aktivitäten beteiligen wolle.

Die Kontakte zu Serbien bleiben weiterhin erhalten, versprach der Chefdiplomat. Er bestätigte, seinen serbischen Amtskollegen Nikola Selaković nach Russland eingeladen zu haben. Mit seinen Kollegen aus den NATO-Staaten seien in naher Zukunft keine persönlichen Kontakte geplant, erklärte Lawrow am Montag. Und er "erwarte auch niemanden in Moskau". Der Diplomat bemängelte zudem, dass die westlichen Länder immer mehr eigene Probleme hätten, sich aber damit beschäftigten, die Beziehungen zwischen anderen Ländern zu erschweren. Sie trieben die gesellschaftspolitische Lage in ihren Ländern in eine Sackgasse, während sich in Europa immer mehr "vernünftige Menschen" fragten, wozu man aus Russland einen Feind mache.

Lawrow kommentierte auch den Krieg in der Ukraine. Falls der Westen das Land weiterhin mit Langstreckenwaffen beliefe, die russische Gebiete treffen könnten, werde Moskau gezwungen sein, seine Linie vom Staatsgebiet zu verdrängen, "hinter der die Neonazis Russland bedrohen können".

Er zeigte sich zuversichtlich, dass Moskau und Ankara eine Lösung finden werden, um ukrainisches Getreide zu exportieren. "Wenn Ankara bereit ist, bei der Entminung der Häfen für den Export von ukrainischem Getreide zu helfen, können sich das russische und türkische Militär darauf einigen, wie dies am besten erfolgen soll." Ihm zufolge werden russische Spezialisten noch am Montag in die Türkei reisen, um die Lieferprobleme zu besprechen. Der Minister selbst wird am 8. Juni in Ankara erwartet.

Die Vereinten Nationen hatten wiederholt auf die Gefahr einer Nahrungsmittelkrise wegen Getreideknappheit hingewiesen. Laut der UNO könnten davon weltweit 1,4 Milliarden Menschen betroffen sein. Der Westen wirft Russland vor, die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte über das Schwarze Meer zu blockieren. Moskau weist diese Anschuldigungen zurück. Versuche, das Problem durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu lösen, seien "Spiele", die darauf abzielten, alles so aussehen zu lassen, als ob "Russland etwas nicht will". Um das Problem ein für alle Mal zu lösen, müsse Kiew die Häfen von Minen räumen, resümierte Lawrow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629e07e748fbef0ee30bdf85.jpg>
Der russische Außenminister Sergei Lawrow am 6. Juni in Moskau

8:35 de.rt.com: **Botschafter der LVR: Ukrainisches Militär aus den Wohnbezirken von Sewerodonezk entfernt**

Alliierte Truppen Russlands und der Volksrepublik Lugansk haben die bewohnten Bezirke von [Sewerodonezk](#) komplett von ukrainischen Kämpfern befreit und geräumt. Dies teilte der Botschafter der LVR in Russland, Rodion Mirotschnik, auf seinem Telegram-Kanal mit. Die Gefechte würden derweil nur noch am Stadtrand, am Flughafen und an den Zufahrten zu Lissitschansk fortgesetzt.

Laut Mirotschnik wurden die ukrainischen Militäreinheiten außerdem fast vollständig aus dem Industriegebiet von Sewerodonezk verdrängt und sind zurzeit im Chemiewerk Asot festgesetzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629ef041b480cc13413780b6.jpg>
g

Bewohner eines Hauses in Sewerodonezk, 25. Mai 2022

9:30 de.rt.com: **Selenskijs Büro beklagt ausbleibende 5.000 Helme aus Berlin**

Der Top-Berater im Präsidentsamt des ukrainischen Präsidenten, Alexei Arestowitsch, hat sich in einem Interview erneut über die ausbleibende Militärhilfe Deutschlands beschwert. Dabei verwies er auf die zuvor von Berlin zugesagte Lieferung von 5.000 Helmen, die noch immer

nicht in Kiew eingetroffen seien. Im Gespräch mit dem Moderator der YouTube-Show Feigin Live sagte Arestowitsch:

"Das deutsche Volk muss sich mit seinen Politikern auseinandersetzen."

"Ich möchte immer noch die 5.000 Helme sehen, die sie uns geliefert haben."

Kiew versuche immer noch "mühsam zu verstehen", welche Rüstungsgüter Deutschland an die Ukraine geliefert habe. Die Übergabe von Granatwerfern, Panzerabwehrwaffen und Munition der Bundeswehr an Kiew bestritt Arestowitsch allerdings nicht.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.6.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 630 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starben 9 Zivilisten, 18 wurden verletzt**. 43 Wohnhäuser, 6 Fahrzeuge und 14 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden 2 Panzer, ein Schützenpanzer und 30 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka unterdrückt.

9:54 de.rt.com: Indien testet erfolgreich nuklearfähige Rakete: Kann Ziele in 4.000 km Entfernung treffen

Indien hat nach eigenen Angaben einen erfolgreichen Test einer nuklearfähigen Rakete des Typs Agni-IV absolviert. Die Mittelstreckenrakete, die Ziele in einer Entfernung von 4.000 km treffen kann, wurde am Montag vor der Küste im Bundesstaat Odisha aus abgefeuert. Indien hat am Montag einen erfolgreichen Test seiner nuklearfähigen ballistischen Rakete Agni-IV durchgeführt. In einer kurzen Erklärung des Verteidigungsministeriums hieß es, der "Übungsstart" der Rakete sei gegen 19:30 Uhr erfolgt. Dem Vernehmen nach hat die Rakete eine Reichweite von rund 4.000 Kilometern und wird weitgehend als Teil der indischen Abschreckung gegen China angesehen. Agni und Prithvi sind die beiden wichtigsten Typserien atomwaffenfähiger Kurz- und Mittelstreckenraketen des Landes.

Der Raketentest wurde am Montag von einem Raketenstartplatz – benannt nach dem indischen Raketenpionier [Abdul Kalam](#) – südlich von [Baleswar](#) im indischen Bundesstaat Odisha aus durchgeführt. Der Test sei ohne größere Probleme verlaufen und wurde als Erfolg gewertet, teilte das indische Militär in einer Pressemitteilung mit: "Der erfolgreiche Test war Teil der routinemäßigen Trainingsstarts, die unter der Ägide des Kommandos für strategische Streitkräfte durchgeführt wurden."

Nach Angaben des Militärs wurden bei dem Start alle Betriebsparameter sowie die Zuverlässigkeit des Systems überprüft. Der Start habe die "Zuverlässigkeit des Systems" bewiesen und Neu-Delhis "glaubwürdige Mindestabschreckungsfähigkeit" bekräftigt. Indien hatte seine militärische Macht in den letzten Jahren stetig ausgebaut und eine Reihe erfolgreicher Raketentests durchgeführt. Die Agni-IV ist die vierte Variante einer von der indischen Verteidigungsforschungs- und Entwicklungsorganisation ([DRDO](#)) entwickelten ballistischen [Agni-Raketenserie](#) (Agni-I bis -V). Es handelt sich um eine Mittelstreckenrakete, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 4.000 Kilometern treffen und

Sprengköpfe als Nutzlast mit eine Masse von bis zu 1.000 Kilogramm tragen kann. Neu-Delhi hat bereits seit 2012 auch erfolgreiche von Tests mit der Agni-V und später mit der Agni-VI durchgeführt, ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM) mit Reichweiten über 5.500 km (Agni-VI mit bis zu 10.000 km Reichweite), wobei der letzte Test Ende letzten Jahres stattfand. Als eine der wenigen Nationen, die über eine eigene sogenannte "nukleare Triade" verfügen – also über Atomwaffen, die sowohl zu Lande, zu Wasser als auch und in der Luft abgefeuert werden können – hat Indien zuletzt noch verstärkt in die Entwicklung neuer Waffensysteme investiert.

Im vergangenen Monat feuerte das Land von einem Kampffjet aus erfolgreich eine Version des Überschall-Marschflugkörpers [BrahMos](#) für Seeziele mit erweiterter Reichweite ab.

Es war der erste Abschuss der Langstreckenversion des BrahMos-Flugkörpers von einem Kampffjet [Suchoi Su-30MKI](#) aus. Auch ein Test des Überschall-Marschflugkörpers BrahMos am 27. April verlief nach Angaben der indischen Streitkräfte erfolgreich.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f03f2b480cc107e56d7cd.jpg>

9:55 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Cherson kündigt Referendum über Beitritt zu Russland an**

Das Gebiet Cherson wird eine Volksabstimmung über die Angliederung der Region an Russland abhalten. Dies gab der stellvertretende Leiter der lokalen Militär- und Zivilverwaltung, Kirill Stremoussow, Reportern bekannt. Er sagte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge:

"Wir haben unsere Legislative eingebüßt, deshalb haben wir einen öffentlichen Rat gegründet, der die Vertreter des Volkes repräsentiert, die ihrerseits bereits einige vorläufige Entscheidungen treffen werden. Ich denke, dass es sich höchstwahrscheinlich um ein Referendum über die Selbstbestimmung des Gebiets Cherson handeln wird, das auf dem Territorium des Gebiets Cherson abgehalten wird."

Als nächste Etappe kündigte Stremoussow die Durchführung von Kommunalwahlen auf dem Gebiet der befreiten Region an. Er betonte, dass das Schicksal des Gebiets Cherson von dessen Bewohnern bestimmt werde. Auf die Frage, wann die Volksabstimmung genau stattfinden könnte, antwortete Stremoussow, dass die Regionalverwaltung noch viel Vorbereitungsarbeit vor sich habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f05f0b480cc14a70a91c7.jpg>

Eine Stele an der Einfahrt nach Cherson

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 07.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

25 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

Ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte legte die Waffen nieder und rettete so sein Leben.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie die Evakuierung der friedlichen Bevölkerung aus der Kampfzone.

So haben gestern Freiwillige der „Russischen humanitären Mission“ gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz 10 Tonnen humanitäre Hilfe nach Rubeshnoje und Kremennaja geliefert, darunter waren Lebensmittel, Trinkwasser, Hygienemittel sowie Generatoren.

10:45 de.rt.com: **Pensionsfonds der DVR beginnt mit Auszahlung von Renten in Mariupol**

Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben begonnen, Rentengelder an Senioren in Mariupol auszuzahlen. Laut einer Mitteilung auf dem Telegram-Kanal der Stadtverwaltung nahm der Rentenfonds der Republik seine Arbeit auf. In den kommenden Tagen sollen die ersten Einwohner bereits ihre Zahlungen erhalten.

Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik wurden insgesamt mehr als 46.000 Anträge auf Bewilligung beziehungsweise Wiederaufnahme von Rentenzahlungen von Einwohnern Mariupols angenommen, die ihren ständigen Wohnsitz in der Stadt haben, hieß es in der Erklärung ferner.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f08cab480cc7a7804d512.jpg>

Eine Rentnerin auf einer Straße in Mariupol

11:10 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Stadt Swetlodarsk**

Der Stab der Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik hat einen ukrainischen Artillerieangriff auf den Marktplatz in der Stadt Swetlodarsk gemeldet. Auf ihrem Telegram-Kanal gab die Behörde bekannt:

"Ukrainische Militante führten einen Artillerieangriff auf Swetlodarsk aus. Als Ergebnis des Beschusses des Marktplatzes wurde ein Mann, Jahrgang 1958, verwundet, seine Frau, Jahrgang 1960, starb an den erlittenen Verletzungen."

Die Stadt Swetlodarsk war nach Angaben des Stabs am 24. Mai von Streitkräften der Donbassrepubliken unter Kontrolle genommen worden.

11:35 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium gibt Zerstörung amerikanischer und norwegischer Artilleriegeschütze bekannt**

In seinem täglichen Pressebericht hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums General Igor Konaschenkow erklärt, dass die russische Artillerie gestern unter anderem eine 155-mm-Selbstfahrlafette vom Typ [M109A3](#) aus norwegischen Beständen sowie zwei US-produzierte 155-mm-Haubitzen vom Typ [M777](#) vernichtet hätten. Außerdem seien zwei Flugabwehrraketensysteme vom Typ [S-300](#) und eine 203-mm-Selbstfahrlafette vom Typ [2S7](#) zerstört worden.

Konaschenkow gab weiterhin an, dass neun ukrainische Panzer durch russische Luftschläge zerstört und zwölf Drohnen in den Gebieten Charkow und Nikolajew abgeschossen worden seien.

Insgesamt seien seit Beginn des russischen Militäreinsatzes unter anderem 190 Flugzeuge, 129 Hubschrauber, 1.139 Drohnen, 333 Flugabwehrraketensysteme, 3.443 Panzerfahrzeuge, 478 Raketenwerfer sowie 1.807 Artilleriegeschütze zerstört worden, meldete Konaschenkow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f1d3048fbef1154561e13.jpg>

Eine amerikanische M777-Haubitze beim Feuern. Zwei solcher Geschütze sollen gestern in der Ukraine zerstört worden sein.

11:52 de.rt.com: **Ehemaliger US-Spitzenbeamter: Kein ukrainischer Sieg in Sicht**

Die USA und ihre Verbündeten sollten die Ukraine zu Verhandlungen mit Russland überreden, meint Hugh De Santis, der in der Reagan-Administration für die Planung der NATO- und Rüstungskontrollpolitik zuständig war.

Die Ukraine wird nicht in der Lage sein, gegen Russland zu gewinnen, und die USA müssen Kiew davon überzeugen, mit Moskau zu verhandeln, um den Konflikt zu beenden. Das meint Hugh De Santis, der in der Reagan-Administration für die Planung der NATO- und Rüstungskontrollpolitik zuständig war, nachdrücklich.

Die russischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld zu besiegen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen, einschließlich der Rückeroberung der Krim, "wäre eine angemessene Strafe für Russlands unprovokierte Invasion", schrieb De Santis in seinem Meinungsbeitrag für die Zeitschrift The National Interest am Samstag.

"Aber wäre es den Preis eines weiteren Blutbades in der Ukraine, die Möglichkeit eines größeren Krieges, in dem chemische oder taktische Atomwaffen eingesetzt werden könnten, eine weitere Störung der Weltwirtschaft und eine erneute Polarisierung Europas wert?", fragte er.

Nach Ansicht des ehemaligen Beamten des Außenministeriums ist die Antwort auf diese Frage negativ.

"Ein militärischer Sieg der Ukraine ist nicht zu erwarten, und ein Verhandlungsergebnis ist das einzig realistische Ziel", betonte er.

Aus diesem Grund müssen die USA und ihre Verbündeten Kiew davon überzeugen, diesen Krieg zu beenden, auch indem sie als Druckmittel eine Begrenzung der weiteren Militärhilfe durchsetzen", so De Santis.

Washington hat Kiew während des Konflikts aktiv unterstützt und es mit Waffen, Geldmitteln und Geheimdienstinformationen beliefert. Im Mai genehmigte US-Präsident Joe Biden ein 40 Milliarden Dollar schweres Hilfspaket für die Ukraine.

Präsident Wladimir Selenskij und "seine Fürsprecher in Osteuropa und den baltischen Staaten" sollten sich mit der Tatsache abfinden, dass die Ukraine ein neutraler Staat werde und den Donbass und die Krim an Russland abtreten müsse, damit die Friedensgespräche erfolgreich verlaufen könnten, betonte er.

Auch hochrangige Beamte der USA und der EU haben in letzter Zeit Verhandlungen als bevorzugtes Ergebnis des Konflikts bezeichnet, da die russischen Streitkräfte ihren stetigen

Vormarsch im Donbass fortsetzen.

Letzte Woche sagte der Vorsitzende der US-Generalstabschefs, General Mark Milley, dass "ein Verhandlungsergebnis eine logische Wahl ist, aber beide Seiten müssen selbst zu diesem Schluss kommen".

Wenige Tage zuvor hatte der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, darauf gedrängt, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu erhöhen und noch mehr Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Dabei erklärte er jedoch, dies solle Kiew helfen, seine Position bei künftigen Friedensgesprächen mit Moskau zu stärken. Noch vor gut einem Monat hatte Borrell darauf bestanden, dass die Ukraine diesen Krieg auf dem Schlachtfeld gewinnen müsse.

Russland hatte den Nachbarstaat Ende Februar angegriffen, nachdem Kiew die 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau schließlich die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte. Mit den von Deutschland und Frankreich vermittelten Protokollen sollte den abtrünnigen Regionen ein Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates verliehen werden.

Der Kreml hat seitdem gefordert, dass die Ukraine sich offiziell als neutrales Land erklärt, das niemals dem von den USA geführten NATO-Militärblock beitreten wird. Kiew beharrt darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert war, und hat Behauptungen zurückgewiesen, es plane, die beiden Republiken mit Gewalt zurückzuerobern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629e572548fbef107e26d012.jpg>

Ein zerstörter Panzer der ukrainischen Streitkräfte im Donbass

12:57 (11:57) novorosinform.org: **Die ukrainische Seite gab die Brandstiftung an der Holzkirche in Swjatogorsk durch Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine zu**
Nationalisten zündeten vorsätzlich die Holzkirche von Allerheiligen des Moskauer Patriarchats in Swjatogorsk in der DVR an, sagte Bürgermeister Wladimir Bandura. Ein Video mit Banduras Geständnis wurde von Militärkorrespondent "KP" Alexander Kots veröffentlicht. In dem Video räumt Bandura nicht nur das Niederbrennen der Kirche durch ukrainische Kämpfer, sondern auch die Ermordung von Priestern und Mönchen durch sie ein. "Vor kurzem haben die Streitkräfte der Ukraine die Kirche auf dem Berg in der Siedlung Tatjanowka in Brand gesteckt. Präsident Selenskij veröffentlichte einen Beitrag, dass angeblich russische Granaten sie getroffen hätten, das ist eine Lüge. Anwohner bestätigten, dass es sich um gezielte Brandstiftung handelte," sagte der Bürgermeister im Video. Er warf Selenskyj und seinem Team auch vor, den Krieg in die Länge zu ziehen und sein Volk auf Druck des Westens zu opfern.



https://novorosinform.org/content/images/60/52/46052_720x405.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Kulturstaatsministerin Claudia Roth reist nach Odessa

Im Rahmen ihres offiziellen Besuchs in der ukrainischen Hafenstadt Odessa zeigte sich Kulturstaatsministerin Claudia Roth im Lichte des Ukraine-Krieges über die kulturelle Identität des Landes besorgt. Die Politikerin sagte:

"Dieser Krieg ist auch ein Krieg gegen die Kultur, gegen die Kultur der Demokratie."

Nach mehr als drei Monaten Kampfhandlungen seien 375 Kultureinrichtungen zerstört oder beschädigt worden. Auch 137 Kirchen seien betroffen. Roth fügte hinzu:

"Da wird deutlich: Es geht darum, die kulturelle Identität der Ukraine anzugreifen."

Zudem sicherte die Ministerin der Ukraine bei der Bewerbung zum UNESCO-Welterbe Unterstützung zu. Im ZDF-Morgenmagazin erklärte sie:

"Wir versuchen jetzt, ein internationales Zeichen zu setzen, indem wir die Nominierung der Altstadt Odessas unterstützen als Welterbe-Stadt."

Die internationale Gemeinschaft müsse entsprechend Verantwortung übernehmen, so Roth. Dies sei vielleicht auch ein zusätzlicher Schutzschild vor Angriffen. Zudem sprach sie sich dafür aus, der Ukraine den Kandidatenstatus für die Europäische Union zu geben. Es gehe "auch um Werte, die wir teilen: die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und eines Lebens in Frieden".

Claudia Roth war am Montagnachmittag als erstes deutsches Regierungsmitglied seit Beginn des Ukraine-Krieges Ende Februar zu einem zweitägigen Besuch in Odessa eingetroffen. Im Laufe ihrer Visite traf sich die Grünen-Politikerin unter anderem mit dem ukrainischen Kulturminister Alexander Tkatschenko und dem Bürgermeister von Odessa Gennadi Truchanow.



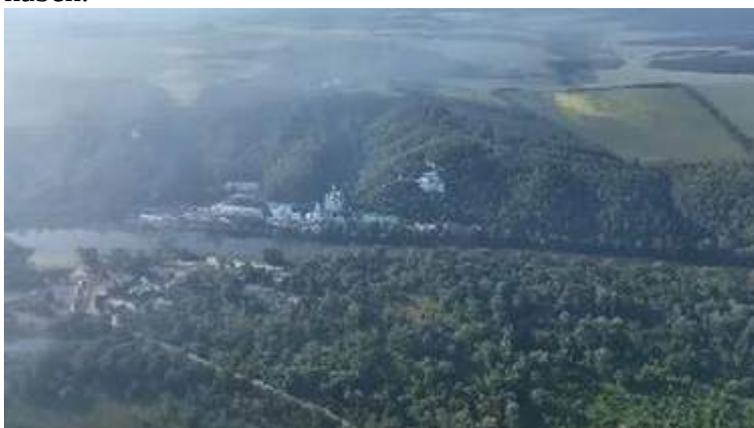
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f194a48fbef107e26d049.jpg>
Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) besichtigt zusammen mit dem Bürgermeister Gennadi Truchanow und dem ukrainischen Kulturminister Alexander Tkatschenko die Altstadt von Odessa, 6. Juni 2022

12:25 de.rt.com: **Kloster Swjatogorsk durch Kampfhandlungen nicht beschädigt**

Das seit dem 16. Jahrhundert belegte und in seiner heutigen Gestalt im Jahr 1844 aufgebaute Kloster in der Stadt Swjatogorsk ist während der Einnahme der Stadt durch russische Streitkräfte nicht beschädigt worden. Dies erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, in seinem mit [Videoaufnahmen](#) illustrierten Pressebericht:

"Trotz der Kampfhandlungen in Swjatogorsk haben russische Militärangehörigen keine Beschädigungen von historischen und orthodoxen Denkmälern auf dem Gebiet des Klosters des Heiligen Entschlafens zugelassen. Videoaufnahmen des heutigen Zustands des kulturellen, historischen, architektonischen und orthodoxen Denkmals – des Klosters von Swjatogorsk – legen wir der Öffentlichkeit vor."

Unter Verweis auf Berichte von Einheimischen beschuldigte Konaschenkow die ukrainischen Nationalisten, die Einrichtung einer Artilleriestellung auf dem Klostergelände geplant zu haben.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/rMcCxDYdKSeFAV1TBZhNn-YCTFi2c9qcX4a-KBq-yeb1DQdzH193r4ikqRC82Iv8rw47iX2N3hX5EImruYOer86i1YZVcjE7z-wTciPoYVsPpTBXesflhPioNWXcsrvEsircAoIxOIDHPgtRBHVlad_Dn_Z1bf8WAdw9Jss04Wx-WEliIL3iXFWWpMsLJzr0D2ucFW5g0RGa2coi6EpZ_q_ahwgJuTrISFbjPOcFlyo_QUtG1D

[KBf7sck7RDa7VIR6DsiYPUJz77E6s3IumbvkE96l0mRGyWuytN9nu9wcjfh0Ss7zPReZABiHkhqSZxr Qi9ITIDxGej_xfXBAXAg](https://www.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f04fa48fbef16195e540f.jpg)

12:29 de.rt.com: **Tausende von Migranten starten in Mexiko erneut "Karawane" mit dem Ziel USA**

In Südmexiko hat sich eine neue Migrantenkarawane in Richtung USA geformt. Tausende Männer, Frauen und Kinder machten sich am Montag in der Stadt Tapachula an der Grenze zu Guatemala auf den Weg gen Norden, quasi pünktlich zum Auftakt des "Amerika-Gipfels" in Los Angeles.

In Südmexiko hat sich eine neue Migrantenkarawane in Richtung USA gebildet. Es handelt sich um Tausende Männer, Frauen und Kinder, die sich am Montag in der Stadt Tapachula an der Grenze zu Guatemala auf den Weg gen Norden machten. Die "Karawane" könnte quasi pünktlich zum Auftakt des Amerika-Gipfels in Los Angeles eintreffen. Der Gipfel wird von US-Präsident Joe Biden nach Vortreffen am Mittwoch eröffnet.

Die Migranten stammen hauptsächlich aus Venezuela. Mindestens 6.000 waren nach örtlichen Medienberichten unterwegs, von mehr als 10.000 sprachen Aktivisten.

Der Aktivist Luis García Villagrán, der die Karawane begleitete, sagte vor Journalisten: "Heute sagen wir den Staats- und Regierungschefs der USA und aller Länder, die auf dem Amerika-Gipfel zusammenkommen: Migrantenfamilien sind kein Tauschmittel für ideologische und politische Interessen."

Die Südgrenze sei niemands Hinterhof. Als erstes Ziel wollen die Migranten in der 370 Kilometer entfernten Stadt Tuxtla Gutiérrez humanitäre Visen beantragen, mit denen sie sich frei durch Mexiko bewegen können. An der US-Grenze werden viele Migranten aufgegriffen. Beim Amerika-Gipfel soll unter anderem ein Migrationsabkommen erzielt werden.

Aus Unzufriedenheit mit der Einladungs politik der US-Regierung haben einige Präsidenten jedoch abgesagt, unter ihnen Mexikos Staatschef Andrés Manuel López Obrador, dessen Land ein wichtiger Partner der USA in Migrationsfragen ist. Hintergrund ist die Nichteinladung von Nicaragua, Venezuela und Kuba. Die US-Regierung wirft den Ländern "Verstöße gegen die Demokratie und die Menschenrechte" vor.

Die Migrantenkarawanen, die Mexiko durchqueren, sorgen seit der Ära von US-Präsident Donald Trump (2017-2021) für Spannungen mit den USA. Die Zahl der Menschen, die nach der Flucht vor Armut und Gewalt in Mittelamerika und Haiti versuchen, in die USA zu gelangen, steigt seit Monaten stetig an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f04fa48fbef16195e540f.jpg>

13:50 de.rt.com: **Ukrainisches Bildungsministerium streicht "Krieg und Frieden" aus dem Schulplan**

Der stellvertretende Bildungsminister der Ukraine Andrei Witrenko hat die Entscheidung der Behörde bekannt gegeben, den Roman "Krieg und Frieden" des russischen Schriftstellers Leo Tolstoi aus dem Lernprogramm an Schulen des Landes zu nehmen. Ihm zufolge sollen aus

dem Auslandsliteratur-Unterricht auch andere Werke gestrichen werden, die die russischen Truppen verherrlichen. Eine endgültige Liste stehe allerdings noch nicht fest, so Witrenko.

12:54 de.rt.com: **USA beschuldigen Russland, an gestohlenem Getreide zu verdienen**

Washington soll einem Bericht der New York Times zufolge mehrere Staaten davor gewarnt haben, Moskau würde in der Ukraine geplünderten Weizen verkaufen. Damit wurden erneut Behauptungen Kiews aufgegriffen, die in jüngster Zeit auch im Westen zunehmend an Glaubwürdigkeit verlieren.

Die Vereinigten Staaten beschuldigen Russland, aus angeblich geplündertem ukrainischen Getreide Profit schlagen zu wollen, indem Moskau dies an von Dürre geplagte Länder in Afrika verkauft. Dies berichtete die New York Times am Sonntag.

Die Zeitung zitiert ein Telegramm des US-Außenministeriums von Mitte Mai, worin dies 14 zumeist afrikanische Länder gewarnt haben soll, dass russische Frachtschiffe Häfen der Ukraine mit "gestohlenem ukrainischem Getreide" verlassen würden.

Washington wiederholte damit den Vorwurf der ukrainischen Regierung, Russland habe seit Beginn seiner Militäroperation bis zu 500.000 Tonnen ukrainischen Weizens im Wert von 100 Millionen US-Dollar gestohlen. Kiew behauptete, dass ein Großteil davon mit Lastwagen zu Häfen auf der russischen Krim gebracht und dann auf Schiffe umgeladen werde, von denen einige unter westlichen Sanktionen stünden.

Die New York Times stellte fest, dass die Warnung Washingtons bezüglich des Getreides das Dilemma der afrikanischen Länder, von denen sich viele bereits zwischen Ost und West gefangen fühlen, nur noch verschärft habe, da sie mit einer schweren Nahrungsmittelkrise zu kämpfen hätten.

Russland und die Ukraine, zwei der wichtigsten Getreideexporteure der Welt, liefern normalerweise etwa 40 Prozent des von Afrika importierten Weizens, wobei die Preise für dieses Getreide im vergangenen Jahr um 23 Prozent gestiegen sind.

Die Vereinten Nationen haben davor gewarnt, dass der Kontinent angesichts der weltweit steigenden Lebensmittelpreise mit der schlimmsten Hungersnot seit Jahrzehnten konfrontiert ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629ef887b480cc107e56d7c0.jpg>

14:13 (13:13) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben während der Ausgabe humanitärer Hilfe auf Zivilisten geschossen – Miroshnik**

Ukrainische Nationalisten setzten die Bewohner von Swetlodarsk Artilleriebeschuss aus. Dies erklärte der LVR-Botschafter in Russland, Rodin Miroshnik.

Ihm zufolge wurde der Schlag mit schweren Waffen zu einer Zeit ausgeführt, als die Menschen Schlange standen, um humanitäre Hilfe zu erhalten.

„Infolge des Beschusses wurde eine 1968 geborene Frau getötet und zwei Personen (geboren 1958 und 1967) wurden verletzt“, fügte Miroshnik hinzu.

Swetlodarsk ist eine Stadt im Nordosten der DVR nahe der Grenze zur LVR. Die

Verteidigungslinie der Kiewer Truppen, bekannt als Swetlodarsker-Bogen, verlief durch die Stadt und die umliegenden Siedlungen. Alliierte Streitkräfte übernahmen Ende Mai 2022 die Kontrolle über Swetlodarsk.



https://novorosinform.org/content/images/60/63/46063_720x405.jpg

13:15 de.rt.com: **Explosion in einem Restaurant in Cherson**

Eine Explosion hat ein Restaurant auf der Staroobrjadtscheskaja-Straße in der Stadt Cherson erschüttert. In einem von der Nachrichtenagentur RIA Nowosti [veröffentlichten](#) Video ist sichtbar, dass die Tür und Fensterscheiben durch die Explosion eingeschlagen wurden. Die Stadtverwaltung bestätigte den Vorfall in ihrem Telegram-Kanal. Ein Mitarbeiter des Restaurants habe leichte Verletzungen erlitten und bereits medizinische Hilfe erhalten, so die Meldung. Die Behörde bestritt allerdings Angaben, wonach sich die Explosion in der Nähe des Stadtverwaltungsgebäudes ereignet haben soll.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ZfT-VUH-72sIl6zm1pZZePtapkJ-hpbdYES4Gi35zuY5DriCojon1PGVoCLL2-Z-5EVHP1CIR_ug7Nf3M6cAYCz5547mdr_nECMNT3-8ktcFf_Xk2I7gZba0w_W2gmJQhl_u7S3QRvIhNDD2IFKhh5TnK9OaVIPmcssOjDZDsm1wXupZkWX-PxSQX2f5UaZ7-oSDVhMahnPHYtnePW9UWeQYy82BEVONIUtrwYv6YBY-qcp7pT2vngLB63dpQ2EN1C6H9NICXjQ9oKh0wFy0mHPtVjCdLdSeTQ_X6ajMoPjhMagA7GtC8VSPQEBYGcXtOc-amw6cutX6d75QT8jSSw

13:40 de.rt.com: **Verteidigungsminister Schoigu meldet Befreiung der Stadt Swjatogorsk in der DVR**

Die Streitkräfte der Volksrepublik Donezk, unterstützt von den russischen Truppen, haben die Stadt Swjatogorsk vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Dies teilte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einem Briefing am Dienstag mit. Der Minister

meldete:

"Befreit wurde ein großer Teil der Volksrepubliken Donezk und Lugansk am linken Ufer des Sewerski Donez, darunter die Städte Krasny Liman und Swjatogorsk sowie 15 weitere Siedlungen."

Zu den größten befreiten Siedlungen zählte er Studenok, Jarowaja, Kirowsk, Jampol und Drobyschewo.

Schoigu bestätigte auch, dass die Wohngebiete von Sewerodonezk befreit wurden und die alliierten Streitkräfte nun die Kontrolle über das Industriegebiet sowie die nächstgelegenen Siedlungen übernehmen. Der Minister fügte hinzu:

"Es entwickelt sich eine Offensive in Richtung Popasnaja. Insgesamt wurde bis heute 97 Prozent des Territoriums der Volksrepublik Lugansk befreit."

Des Weiteren berichtete Schoigu, dass das Verteidigungsministerium gemeinsam mit der Russischen Eisenbahn 1.200 Kilometer Eisenbahnstrecken wiederhergestellt habe, um den Schienenverkehr zwischen Russland, dem Donbass, der Ukraine und der Krim wieder vollständig aufzunehmen.

Der Verteidigungsminister fasste darüber hinaus die vorläufigen Ergebnisse der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine zusammen und sagte, dass sich in den vergangenen fünf Tagen 126 ukrainische Kämpfer ergeben hatten. Insgesamt beläuft sich die Zahl der gefangenen ukrainischen Militärs bis heute auf 6.489, so Schoigu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f349248fbef16195e545f.jpg>

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einer Sitzung des Vorstands des russischen Verteidigungsministeriums

14:10 de.rt.com: **Scholz sagt Litauen Verstärkung für NATO-Ostflanke zu**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat Litauen zusätzliche militärische Unterstützung zur Abschreckung und für die Verteidigung gegen einen möglichen russischen Angriff zugesagt. Nach Gesprächen mit dem litauischen Präsidenten Gitanas Nauseda und den Regierungschefs aller drei baltischen Staaten, zu denen auch Lettland und Estland zählen, sagte der SPD-Politiker:

"Wir haben uns fest vorgenommen, dass wir unseren Beitrag verstärken werden."

Das deutsche Engagement solle "in Richtung einer robusten Kampfbrigade" entwickelt werden. Scholz sagte:

"Als Verbündete in der NATO fühlen wir uns einander verpflichtet und wir werden im Falle eines Angriffs jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen."

Einzelheiten des verstärkten deutschen Engagements nannte der Kanzler zunächst nicht.

Derzeit ist ein von Deutschland geführtes NATO-Bataillon mit 1.600 Soldaten in Litauen stationiert, davon gehören mehr als 1.000 der Bundeswehr an. Eine Brigade besteht in der Regel aus etwa 3.000 bis 5.000 Soldaten.

Die baltischen Staaten dringen seit längerer Zeit auf die Stationierung jeweils einer NATO-Brigade in den drei Ländern. Unklar ist aber, wie viele Soldaten davon tatsächlich vor Ort stationiert und wie viele außerhalb bereitgehalten werden sollen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f4088b480cc03043cbe86.jpg>

14:20 de.rt.com: **Erdgasfeld-Streit droht zu eskalieren: Hisbollah bereit zur Gewaltanwendung gegen Israel**

Ein Bohrschiff wird demnächst in einem zwischen dem Libanon und Israel umstrittenen Gebiet Erdgas fördern. Das Unternehmen, dem das Schiff gehört, beruft sich auf Rechte, die es in einem israelischen Verfahren erworben hatte.

Der stellvertretende Generalsekretär der libanesischen Miliz Hisbollah, Scheich Naim Qassem, hat am Montag erklärt, dass seine Organisation dazu bereit sei, Maßnahmen gegen Israels Versuche zur Erdgasförderung in zwischen den beiden Staaten umstrittenen Meeresgebieten zu ergreifen. Qassem schloss dabei die Anwendung von Gewalt nicht aus, wie er in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters sagte. Die Hisbollah warte darauf, dass die libanesisische Regierung offiziell die Verletzung der libanesischen Grenzen durch Israel verkündet.

Qassem fügte hinzu, dass diese Frage eine klare Entscheidung des libanesischen Staates erfordere. Die Hisbollah rufe die Regierung dazu auf, den Entscheidungsprozess durch die Setzung einer Frist zu beschleunigen. Zudem müsse die Regierung die Fragen beantworten, ob sich das israelische Erdgasförderschiff in den umstrittenen Gebieten befand und ob die libanesisische Regierung die Frage der Grenzen und der Verhandlungen hierzu geklärt hat oder nicht.

Am Tag zuvor war ein Schiff des in London ansässigen britisch-griechischen Unternehmens Energean im sogenannten Karisch-Gasfeld angekommen, um dort die Erdgasförderung zu beginnen. Der Libanon beansprucht jedoch diese Gebiete. Energean hatte das Gasfeld im Jahr 2016 in einem israelischen Verfahren für 150 Millionen US-Dollar gekauft.

Der Chef des Hisbollah-Exekutivrates Haschem Safi ad-Din hatte am Sonntag erklärt, dass der Libanon trotz aller Druckmittel von außen, die einige Libanesen befürchteten, die Möglichkeiten besitze, sein eigenes Erdgas und Erdöl zu fördern. Din benannte die Vereinigten Staaten explizit als ausländische Macht, die den Libanon daran hindere, seine eigenen Bodenschätze auszunutzen. Der libanesisische Staat müsse offiziell und klar die Grenzen der umstrittenen Gebiete benennen. Nur so sei es möglich, dass die libanesisische Armee, das libanesische Volk und die Hisbollah ihre Rechte beanspruchen.

Ebenfalls am Sonntag hatten der libanesische Präsident Michel Aoun und Ministerpräsident Nadschib Miqati Israel vorgeworfen, die Souveränität ihres Landes in dessen maritimen Gebieten durch die Entsendung des Erdgasförderschiffes verletzt zu haben. In den nächsten Tagen wird erwartet, dass die Arbeiter das Förderschiff mit den Gasdepots verbinden, berichtete die israelische Zeitung Haaretz. Die Erdgasförderung soll demnach innerhalb der nächsten drei Monate beginnen.

Das Schiff wird von der israelischen Marine beschützt, seitdem es den Suezkanal verließ. In der letzten Woche hatte der Wirtschaftsausschuss des israelischen Parlaments eine Verordnung zum Verbot von maritimen Aktivitäten innerhalb eines gewissen Umkreises um das Bohrschiff gebilligt.

Israel hatte erklärt, dass jeder Schaden an dem Bohrschiff als Kriegserklärung gewertet würde.

Die Verhandlungen zur Lösung des maritimen Grenzstreites zwischen Israel laufen, vermittelt von den USA, seit dem Jahr 2000, bisher jedoch ergebnislos. Zudem behauptet Tel Aviv, dass sich das Erdgasfeld nicht in dem umstrittenen Gebiet befindet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f0aa5b480cc14a70a91d6.jpeg>

15:00 de.rt.com: **Behörden des Gebiets Saporoschje sprechen über Referendumspläne**

Artem Schrlaj, ein Mitglied des Hauptrats der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, hat erklärt, dass ein Referendum über den Beitritt der Region zur Russischen Föderation erwogen werde. Gleichzeitig räumte er ein, dass ein solches Referendum erst nach der Einnahme der Gebietshauptstadt angebracht sei. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert den Politiker wie folgt:

"Es gibt keine Zweifel, dass das Gebiet Saporoschje eine russische Region ist. Die Idee eines Referendums wird auf Konzeptebene besprochen. Bisher ist etwa 70 Prozent unseres Gebiets befreit, allerdings lebt die Hälfte der Bevölkerung in der Stadt Saporoschje selbst. Ich glaube, dass es Sinn macht zu warten, bis die Stadt Saporoschje und ihre Bewohner befreit werden und danach im ganzen Gebiet ein Referendum durchzuführen."

15:02 de.rt.com: **Mexikos Präsident sagt offiziell Teilnahme an US-geführtem Amerika-Gipfel ab**

In Los Angeles hat am Montag der Amerika-Gipfel begonnen. Einige Länder wurden jedoch von Washington von einer Teilnahme ausgeschlossen. Daraufhin weigerten sich mehrere Staatschefs amerikanischer Staaten, an dem Event teilzunehmen.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador hat bestätigt, dass er nicht an dem von den USA geleiteten Gipfel der Amerikas teilnehmen wird. Er kündigte am Montag an, dass er stattdessen Außenminister Marcelo Ebrard entsenden werde. In einer Pressekonferenz am Montag sagte der Staatschef:

"Ich werde nicht zum Gipfel reisen, weil nicht alle Länder eingeladen sind."

López Obrador hatte Washington schon vor Wochen gewarnt, dass er nicht teilnehmen werde, falls nicht alle Länder der Region teilnehmen dürften, und stattdessen plane, Gemeinden zu besuchen, die vom jüngsten Hurrikan betroffen waren.

Der mexikanische Präsident machte US-Präsident Joe Biden nicht allein für die Entscheidung Washingtons verantwortlich, die drei linksgerichteten Nationen nicht einzuladen. Er bezeichnete den US-amerikanischen Präsidenten als einen "guten Mann" und räumte ein, dass es "viel Druck vonseiten der Republikaner und insbesondere von einigen Politikern in der Republikanischen Partei und auch in der Demokratischen Partei gibt, die etwas mit der kubanischen Gemeinschaft in Florida und in den Vereinigten Staaten zu tun haben".

López Obrador ist nicht der einzige Staatschef, der die Einladung Washingtons aufgrund ideologischer Differenzen nicht annimmt. Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro erklärte am Samstag, sie werde zu Hause bleiben und stattdessen Außenminister Eduardo Enrique Reina nach Los Angeles schicken.

Die Brüskierung Honduras ist ein Hinweis auf die seit Jahren bestehenden diplomatischen Spannungen zwischen Tegucigalpa und Washington. Während US-Vizepräsidentin Kamala Harris Ehrengast bei Castros Amtseinführung war, unterstützte die Obama-Regierung – insbesondere das US-Außenministerium unter Hillary Clinton – den Staatsstreich in Honduras im Jahr 2009. Hierbei wurde Castros Ehemann Manuel Zelaya gestürzt und der Auftakt zu jahrelangen offenen Menschenrechtsverletzungen gegeben, während Biden als Vizepräsident und das gesamte Kabinett unter Obama wegschaute.

Nach Castros Amtsantritt lieferte Honduras Castros Vorgänger, den ehemaligen Verbündeten Juan Orlando Hernández, an die USA aus, damit er wegen Drogenvergehen vor Gericht gestellt werden konnte, womit sich das Blatt in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern gewendet haben dürfte.

Bolivians Präsident Luis Arce warnte im vergangenen Monat, er werde ebenfalls nicht am Amerika-Gipfel teilnehmen, falls die "Ausgrenzung der brüderlichen Völker" in Nicaragua, Venezuela und Kuba nicht beendet werde. Auch der argentinische Präsident Alberto Fernández habe Berichten zufolge die Brüskierung der drei linksgerichteten Länder durch die USA beklagt und plane, dem Gipfel fernzubleiben, bis er einen persönlichen Anruf von Biden erhalte.

Selbst Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro, das Gegenteil eines linken Führers, hatte öffentlich erklärt, er werde nicht am Gipfel teilnehmen, bis das Weiße Haus angeblich ein bilaterales Treffen mit dem US-Präsidenten zugesagt habe.

Der chilenische Präsident Gabriel Boric hat zwar nicht angekündigt, dass er dem Gipfel fernbleiben wird, doch bezeichnete er die Entscheidung, Kuba, Venezuela und Nicaragua auszuschließen, am Montag als "Fehler" und "Irrtum" und argumentierte, dass die USA durch ihre Nichtteilnahme "die Position, die diese Länder in ihren eigenen Ländern einnehmen, sogar noch verstärken".

Der Amerika-Gipfel begann am Montag in Los Angeles im US-Bundesstaat Kalifornien. Ein anonymes Regierungsvertreter bestätigte der Nachrichtenagentur Reuters, dass die US-Regierung die endgültige Entscheidung getroffen habe, Kuba, Venezuela und Nicaragua auszuschließen.

John Bolton, der Nationale Sicherheitsberater der Trump-Regierung, hatte die drei Staaten einst als "Troika des Terrors" bezeichnet. Offenbar in dem Bemühen, unter den Verbündeten Washingtons Begeisterung für die Verhängung strenger Sanktionen gegen seine sozialistischen Nachbarn zu wecken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f3281b480cc0212633bbb.jpg>

15:20 de.rt.com: **Norwegischer Politiker berichtet über Druck im eigenen Land wegen Unterstützung von DVR und LVR**

Der Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation "Norwegian People's Diplomats", der norwegische Politiker und Geschäftsmann Hendrik Weber, sagte, dass seine Unterstützung für die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Russland dazu geführt habe, dass er aus der Partei ausgeschlossen wurde und seine Frau ihren Arbeitsplatz verlor. Weber erklärte:

"Ich bin aus meiner Partei ausgeschlossen worden, weil ich die Entscheidung von Herrn Putin, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen, unterstütze. Meine Frau hat wegen meiner Handlungen ihren Job verloren. Wie kann man das einen freien demokratischen Westen nennen? Auch Elitevertreter, Lehrer, Universitätsprofessoren, die versuchen, die russische Sichtweise zu verstehen, stehen unter Druck."

Er sagte, die westlichen Länder wollten nicht wahrnehmen, was in den letzten acht Jahren, beginnend im Jahr 2014, im Donbass passiert sei. Der norwegische Politiker betonte:

"Ich habe den Donbass besucht und gesehen, wie die Städte zerstört wurden. Es ist wichtig, die Geschichte zu sehen, es ist wichtig, die Linie der Ereignisse zu sehen, um zu verstehen, was jetzt geschieht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f4a4248fbef107e26d099.jpg>

16:26 (15:26) novorosinform.org: **Die DVR nannte die Bedingungen für die Einführung von OVKS-Friedenstruppen in das Land**

Die Entscheidung über den Einsatz des OVKS-Friedenskontingents treffen die Behörden der Volksrepublik Donezk erst nach vollständiger Befreiung des Staatsterritoriums. Dies erklärte die Außenministerin der DVR Natalia Nikonorowa.

Zunächst stellte die Leiterin des Außenministeriums fest, dass alle Mitglieder der

Organisation über solche Fragen entscheiden. Zweitens seien bestimmte Vereinbarungen erforderlich. Drittens teilen die DVR-Behörden ihrer Meinung nach die Position der Notwendigkeit, alle Gebiete zu befreien.

Nikonorowa betonte auch, dass die Entscheidung über Friedenstruppen in jedem Fall vom Präsidenten der DVR, Denis Puschilin, getroffen werde.



https://novorosinform.org/content/images/60/76/46076_720x405.jpg

15:40 de.rt.com: **Polen strebt Sanktionen gegen alle russischen Energieträger und Banken an**

Mit Blick auf das nächste EU-Sanktionspaket gegen Russland hat Polen die Initiative eingebracht, die Restriktionsmaßnahmen auf alle russischen Energieressourcen und Banken auszuweiten. So nannte der Außenminister des Landes Zbigniew Rau am Rande eines Treffens mit seinem österreichischen Amtskollegen Alexander Schallenberg das sechste Sanktionspaket der Europäischen Union einen "wichtigen Schritt zur Sicherung der Unabhängigkeit Europas von russischen Energiequellen", beklagte die Maßnahmen jedoch als ungenügend. Rau erklärte ferner:

"Wir sollten mit der Ausarbeitung des siebten Sanktionspakets beginnen, das unter anderem einen vollständigen Importstopp für russisches Gas und petrochemische Produkte sowie den Ausschluss aller russischen sowie weißrussischen Banken aus dem SWIFT-System umfassen sollte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f4c1248fbef107e26d0a0.jpg>

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau bei einer Pressekonferenz in Warschau am 31. Mai 2022

16:59 (15:59) novorosinform.org: **Die Ukraine wird Waffen von Polen für mehr als 2**

Milliarden Zloty kaufen

Polen und die Ukraine haben einen Vertrag unterzeichnet, wonach Kiew Waffen im Wert von 630 Millionen Dollar kaufen wird. Dies wurde am Dienstag vom polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki und dem Minister für die Kontrolle des Staatsvermögens der Republik Jacek Sasin bei einem Briefing auf dem Gelände des Rüstungsunternehmens [Huta Stalowa Wola](#) bekanntgegeben.

"Fast 3 Milliarden. Mehr als 2.000.700.000 zł", sagte Sasin.

Ihm zufolge hat die polnische Rüstungsindustrie seit mehr als 30 Jahren keinen so großen Auftrag mehr erhalten.

Es sei darauf hingewiesen, dass die polnischen Behörden bereits früher Hilfe in Form von Waffen an die Ukraine geschickt haben. Darunter waren Mörser, Granatwerfer, Munition und unbemannte Luftfahrzeuge.



https://novorosinform.org/content/images/60/79/46079_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: Ukrainische Sprache und Literatur sollen in Schulen von Cherson weiter unterrichtet werden

Tatjana Kusmitsch, die Leiterin der Bildungsverwaltung des Gebiets Cherson, hat bekannt gegeben, dass die ukrainische Sprache und Literatur in den Schulen der Region weiterhin unterrichtet werden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Während der Plenarsitzung des 15. Internationalen Festivals "Welikoje ruskoje slowo" (das große russische Wort) antwortete Kusmitsch auf die Frage des stellvertretenden Regierungschefs der Krim, Georgi Muradow, ob die ukrainische Sprache den offiziellen Status beibehalten solle:

"Ich denke, nicht auf diesem Gebiet. Aber wir werden die ukrainische Sprache und Literatur in den Unterrichtsplänen beibehalten."

Muradow mahnte indessen, die ukrainische Bevölkerung der Region nicht außer Acht zu lassen:

"Was sollen wir ihnen sagen? Dass sie ihre eigene Sprache nicht lernen werden?"

Zuvor hatte das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremousow, erklärt, dass Russisch und Ukrainisch in der Region den gleichen Status als Amtssprachen erhalten werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629f5326b480cc0212633be7.jpg>

17:07 (16:07) novorosinform.org: **Donezk wird Wasser haben. Das Ministerium für Notsituationen der DVR hat den Krasnooskol-Stausee geräumt**

Ende März sprengten die Streitkräfte der Ukraine zwei der fünf funktionierenden Tore des Überlaufdamms des Krasnooskolskij-Stausees, der den Fluss des Oskol-Flusses reguliert und den Sewerski-Donetz-Donbass-Kanal mit Wasser versorgt.

Pioniere des Ministeriums für Notsituationen der DVR führten eine Minenräumung durch und räumten das Gebiet von den zerstörten Stahlbetonstrukturen. Insgesamt wurden rund 60 Tonnen Bauschutt abtransportiert.

Nach den Reparaturarbeiten begann sich der Stausee zu füllen. Seine Rückkehr zum Betrieb wird dazu beitragen, das Problem der Wasserversorgung der Hauptstadt der Republik etwas zu entschärfen.



https://novorosinform.org/content/images/60/81/46081_720x405.jpg

16:20 de.rt.com: **Financial Times: Selenskiy zu Friedensgesprächen bereit**

Wladimir Selenskijsoll seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen mit Putin bekräftigt haben. Dies berichtet die Nachrichtenagentur The Financial Times. In der Meldung heißt es: "Selenskiy erklärte, dass 'der Sieg auf dem Schlachtfeld errungen werden muss'. Aber gleichzeitig bekräftigte er, dass er für Friedensgespräche mit dem Präsidenten Wladimir Putin offen sei."

Selenskij forderte den Westen zudem erneut auf, die Ukraine militärisch zu unterstützen. Dabei räumte der ukrainische Staatschef ein, dass die Ukraine Russland in Bezug auf die Ausrüstung unterlegen sei und daher "nicht in der Lage, eine Offensive zu starten": "Wir sind in Bezug auf die Ausrüstung unterlegen und daher nicht in der Lage, eine Offensive zu starten. Wir werden noch mehr Opfer erleiden, und die Menschen haben für mich Vorrang."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f5396b480cc0212633be9.jpg>

16:21 de.rt.com: **BALTROPS 2022: NATO hält Großmanöver im Ostseeraum ab**

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs findet derzeit ein großes multinationales NATO-Manöver im Ostseeraum statt. An der Übung sind offiziellen Angaben zufolge mehr als 16 Nationen beteiligt. Schweden und Finnland nehmen erstmals teil.

Unter der Beteiligung von 7.000 Soldaten, 75 Flugzeugen sowie 45 Schiffen hat am Sonntag ein Großmanöver der NATO-Verbündeten im Ostseeraum begonnen. Wie das Allied Air Command (AIRCOM), die NATO-Kommandobehörde zur Führung von Luftstreitkräften, Anfang des Monats [mitteilte](#), nehmen daran in diesem Jahr erstmals auch Schweden und Finnland teil.

Als eine der größten Übungen in Nordeuropa decken die sogenannten Baltic Operations (BALTROPS) das gesamte Spektrum der Seekriegsführung ab. Geübt werden unter anderem amphibische Operationen, die Bekämpfung von U-Booten, die Luftverteidigung zu Wasser sowie Tauch- und Bergungseinsätze.

Das Manöver, das noch bis zum 17. Juni dauert, böte nach Angaben von US-Vizeadmiral Gene Black, Kommandeur der Naval Striking and Support Forces NATO (STRIKFORNATO), demnach eine "einzigartige Trainingsmöglichkeit zur Stärkung der kombinierten Reaktionsfähigkeit, die für den Erhalt der Freiheit der Schifffahrt und der Sicherheit in der Ostsee entscheidend" sei, erklärte die US-Marine in einer Mitteilung. Zudem ermöglichten die bei BALTOPS gewonnenen Erkenntnisse, Operationen internationaler Marineverbände und verbesserten deren Fähigkeiten zur Raketenabwehr, so Black. "Bei den vergangenen BALTOPS-Übungen haben wir über die Herausforderungen von morgen gesprochen. Diese Herausforderungen stehen jetzt vor uns - im Hier und Jetzt. BALTOPS 22 unterstreicht unsere vergangenen Investitionen und zeigt unsere gemeinsame Partnerschaft und unsere Fähigkeiten, da wir die Bedeutung der 'Freiheit der Meere' und die entscheidende Rolle der Ostsee für den Wohlstand Europas anerkennen."

Die Integration der beteiligten Flugzeuge findet derweil unter der Leitung des NATO Combined Air Operations Centre (CAOC), ein multinational besetzter Gefechtsstand zur Führung von Luftstreitkräften, statt. "Während BALTOPS 22 wird das CAOC in Uedem alle Luftoperationen leiten und sie mit den maritimen Aktivitäten synchronisieren, wobei der Schwerpunkt auf der Bewegungsfreiheit und der Sicherheit im maritimen Bereich liegt", sagte Generalmajor Harold Van Pee, Kommandeur des CAOC Uedem:

"In diesen schwierigen Zeiten sind wir stolz darauf, diese langjährige Übung zu unterstützen,

die eine komplexe und sinnvolle Luft-See-Integration für unsere Verbündeten und Partner ermöglicht."

In diesem Jahr nehmen insgesamt 16 Nationen an der Übung Teil, darunter Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Lettland, Litauen, die Niederlande, Polen, die Türkei, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten sowie Finnland und Schweden. An dem Manöver sei zur Abschreckung gegenüber Russland zudem die USS Kearsarge, ein amphibisches Angriffsschiff der US-Marine, beteiligt.

"Ich denke, dass die Anwesenheit der Kearsarge eine ziemlich starke Aussage ist", sagte Milley. Die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson fügte hinzu: "Das zeigt, dass den Sicherheitsgarantien von Präsident Biden Taten folgen."

Die BALTOPS, die in diesem Jahr von Schweden ausgerichtet werden, finden inmitten der Bemühungen Schwedens und Finnlands um einen NATO-Beitritt statt. Grund für den plötzlichen Beitrittswunsch der beiden Länder seien Sicherheitsorgen angesichts der russischen Spezialoperation in der Ukraine gewesen, heißt es aus den Ländern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f226348fbef16195e543e.jpg>

Die USS Kearsarge läuft in Stockholm ein

16:40 de.rt.com: **Lettische Regierung billigt vollständige Umstellung des Bildungswesens auf lettische Sprache**

Das lettische Ministerkabinett hat Änderungen der Bildungsgesetze gebilligt, die den Übergang des gesamten Bildungswesens des Landes zu einer einzigen Staatssprache – Lettisch – innerhalb von drei Jahren vorsehen. Dies teilte der Pressedienst der lettischen Regierung mit. In einer Erklärung auf der Webseite der Regierung heißt es:

"Heute, am 7. Juni 2022, hat das Kabinett Änderungen des 'Bildungsgesetzes' und des 'Allgemeinen Bildungsgesetzes' gebilligt, die den Übergang zum Unterricht nur in lettischer Sprache binnen drei Jahren vorsehen."

Gemäß den Gesetzesänderungen wird ab dem 1. September 2023 der Unterricht in der Vorschule sowie in der ersten, vierten und siebten Klasse der Grundschule nur noch in der Landessprache erteilt. Ab dem 1. September 2024 wird die staatliche Unterrichtssprache in der zweiten, fünften und achten Klasse eingeführt, ab dem 1. September 2025 dann auch in der dritten, sechsten und neunten Klasse. Derzeit müssen die Schüler der Klassen 1 bis 6 mindestens 50 Prozent des Lehrplans in lettischer Sprache absolvieren, während die Schüler der Klassen 7 bis 9 mindestens 80 Prozent des Lehrplans in lettischer Sprache absolvieren müssen. Der Pressedienst zitiert die lettische Bildungs- und Wissenschaftsministerin Anita Muizniece mit den Worten:

"Heute korrigieren wir das System, das 30 Jahre lang nach der Unabhängigkeit bestand, in dem die Kinder je nach der in der Familie verwendeten Sprache aufgeteilt wurden. Diese Änderungen hätten bereits in den 1990er Jahren vorgenommen werden müssen. Wenn dies

heute nicht korrigiert wird, könnte das sehr ernste Folgen haben. Ich hoffe, dass auch der Sejm nicht zögern wird und wir gemeinsam diese Änderungen noch in dieser Legislaturperiode verabschieden können."

Es wurde darauf hingewiesen, dass Schüler, die einer nationalen Minderheit angehören, in der Primarstufe die Möglichkeit haben, die Sprache und die Geschichte der Minderheitenkulturen zu lernen, wenn sie dies wünschen.

In Lettland leben etwa 1,8 Millionen Menschen. Etwa 40 Prozent von ihnen sind russischsprachig. In Lettland gibt es nur eine Staatssprache – Lettisch. Russisch hat dort den Status einer Fremdsprache.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f5610b480cc19a1025888.jpg>

17:00 de.rt.com: **McDonald's unter neuem Logo ab 12. Juni in Russland wieder in Betrieb**

Die ersten 15 Filialen des neuen russischen McDonald's werden ab dem 12. Juni Gäste in Moskau und im Gebiet Moskau empfangen. Dies teilte der Pressedienst des Unternehmens mit. Wörtlich hieß es:

"Die ersten 15 Filialen werden ab dem 12. Juni Gäste in Moskau und im Gebiet Moskau empfangen. Weitere Filialen in ganz Russland werden in naher Zukunft folgen."

Das Unternehmen fügte hinzu, dass die Termine für die Eröffnung von Filialen in anderen Gebieten, der neue Name und die zukünftigen Pläne noch bekannt gegeben würden.

McDonald's hatte seine Restaurants in Russland Mitte März wegen der Sonderoperation in der Ukraine geschlossen, und zwei Monate später bekannt gegeben, dass es das Land verlassen und das Geschäft verkaufen werde. Der neue Eigentümer ist Alexander Gowor, der Lizenznehmer des Unternehmens. Er hatte bereits zuvor 25 McDonald's-Restaurants in Sibirien betrieben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f5881b480cc7f26081a23.jpg>

17:35 de.rt.com: **Chinas Außenminister verurteilt Versuche, Stellungnahmen im Ukraine-Konflikt zu erzwingen**

Der Außenminister der Volksrepublik China, Wang Yi, hat während eines Treffens mit dem kasachischen Präsidenten Qassym-Schomart Toqajew vor Versuchen gewarnt, die zentralasiatischen Staaten in den Ukraine-Konflikt einzubeziehen. Die Nachrichtenagentur TASS zitierte den Diplomaten:

"Die chinesische Seite nimmt eine konstruktive Rolle bei der Unterstützung von Friedensgesprächen ein. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es notwendig, sich vor Versuchen von Drittparteien zu hüten, die Länder der Region in einen Konflikt zwischen Großmächten hineinzuziehen, und sie durch Bedrohungen zu einer Stellungnahme zu zwingen."

China verfolge keine geopolitischen Interessen in Zentralasien, werde aber ein Chaos in der Region nicht zulassen, merkte Wang Yi weiterhin an.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol, Mangusch, Wolodarskoje, Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Festnetz- und Internetdiensten für die staatlichen Machtorgane, soziale Objekte und die Bevölkerung durchgeführt.

In Lebendinskoje wurde die Stromversorgung wieder in Betrieb genommen

In 17 befreiten Ortschaften wurden Renten- und Sozialzahlungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 2528 Menschen.

An den Eisenbahnhstationen Wolnowacha und Mariupol wurden Gleise repariert.

Zivilschutzkräfte haben **fast 14 Hektar Territorium untersucht und mehr als 200 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8930 humanitäre Pakete ausgegeben. Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:55 de.rt.com: **Russische Staatsduma beschließt Austritt aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte**

Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte müssen in Russland nicht mehr umgesetzt werden. Die russische Staatsduma hat am Dienstag einen entsprechenden Gesetzentwurf angenommen.

Laut einem Gesetzentwurf, dem die russische Staatsduma am Dienstag zustimmte, muss Russland die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) künftig

nicht mehr befolgen. Demnach werden alle Urteile, die nach dem 15. März 2022 erlassen wurden, nicht mehr umgesetzt. Das Gesetzespaket muss noch vom Oberhaus des Parlaments angenommen werden, was voraussichtlich am 8. Juni passiert.

Die Generalstaatsanwaltschaft wird bis zum 1. Januar 2023 alle Antragsteller auf der Grundlage von vor Mitte März ergangener Urteile des Straßburger Gerichts finanziell entschädigen. Das Geld wird jedoch nur in Rubel und nur auf Konten bei russischen Banken überwiesen.

Das neue Gesetz legt zudem fest, dass die Urteile des EGMR nicht mehr als Grundlage für eine Überprüfung von Entscheidungen russischer Gerichte dienen werden. "Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist in den Händen westlicher Politiker zu einem Werkzeug des politischen Kampfes gegen unser Land geworden", erklärte der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin. Ihm zufolge widersprachen einige Urteile des EGMR der russischen Verfassung sowie russischen Werten und Traditionen. Die Entscheidungen der russischen Gerichte hätten Vorrang vor denen des EGMR.

Gleichzeitig sieht die Initiative die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus vor, der die Aufhebungsgründe rechtskräftig gewordener Gerichtsentscheidungen erweitert und die Wiederaufnahme von Strafverfahren ermöglicht.

Die Zeitung Kommersant berichtete am Montag unter Berufung auf den Europarat, dass der russische Staat den Antragstellern, die sich an den EGMR gewandt hatten, rund 74 Millionen Euro Entschädigung schuldet. Dazu kommen weitere 1,9 Milliarden Euro Schadenersatz im Fall Yukos. Laut dem Europarat setzte Russland die Entscheidungen in 2.030 Fällen noch nicht um. Dabei gehe es nicht nur um finanzielle Entschädigung, sondern etwa auch um zusätzliche Maßnahmen, beispielsweise gesetzliche. Laut jüngsten Statistiken richteten sich rund 25 Prozent aller Beschwerden, die vom EGMR untersucht wurden, gegen Russland. Russland war dem Europarat im Jahr 1996 beigetreten. Die Mitgliedschaft berechtigt Bürger der Mitgliedsländer, sich mit Beschwerden über Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention an den EGMR zu wenden. Russland hatte seine Pläne, aus dem Europarat auszutreten und die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen, Mitte März bekannt gegeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f614ab480cc0212633bf2.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Polen unterzeichnet den größten Rüstungsauftrag an die Ukraine seit 30 Jahren**

Polen werde den größten Waffenliefervertrag mit der Ukraine seit 30 Jahren unterzeichnen. Dies gab der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki bekannt. Er sagte:

"In der Tat unterzeichnen wir jetzt einen der größten, wenn nicht den größten Waffenexportvertrag der letzten 30 Jahre. Der Verkauf von Waffen an die Ukrainer, an die Ukraine. Waffen, die getestet wurden, Waffen, die sehr gut getestet wurden und sich bewährt

haben, und Waffen, die bereits sehr wichtige Waffen auf dem Schlachtfeld sein werden, höchstwahrscheinlich in der Ostukraine."

Morawiecki sagte jedoch nicht genau, welche Waffentypen im Rahmen des Vertrags an die Ukraine geliefert werden sollen. Er erklärte, dass die Europäische Union die Finanzierung der Waffenlieferungen an die Ukraine teilweise übernehmen werde. Der polnische Premierminister teilte mit:

"Das Geld dafür erhält die Ukraine teilweise von der Europäischen Union und teilweise aus ihrem eigenen Haushalt. Und Polen erhält dieses Geld, um sein Produktionspotenzial zu erweitern."

Der polnische Vizepremierminister und Minister für Staatsvermögen, Jacek Sasin, erklärte seinerseits, der Vertrag habe einen Wert von fast 630 Millionen US-Dollar (mehr als 590 Millionen Euro). Er sagte:

"Einen solchen Auftrag hat es in der polnischen Rüstungsindustrie in den letzten 30 Jahren nicht gegeben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629f5d6948fbef651e5753b2.jpg>

Mateusz Morawiecki

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 07.06.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 390 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 155mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 6 wurden verletzt**. 18 Wohnhäuser und 10 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In den letzten 24 Stunden wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation 2 Schützenpanzer, ein Lastwagen und mehr als 30 Mann vernichtet, 2 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Georgijewka wurden unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 15 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:00 de.rt.com: **Kadyrow berichtet über Offensive in der Lugansker Volksrepublik**

Der Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat auf Telegram [verkündet](#), dass die Streitkräfte Russlands und die Volksmiliz der Republik Lugansk eine Großoffensive auf dem Gebiet der LVR begonnen hätten. Er illustrierte seinen Text mit Videoaufnahmen, die unter anderem Kämpfe in Waldgebieten und Städten sowie erbeutete ukrainische Waffen zeigen. Kadyrow schrieb:

"Tschetschenische Verbände führen gemeinsam mit anderen Truppen Russlands und der LVR eine massive Offensive gegen Positionen ukrainischer Nationalisten durch. Durch die Anwendung neuer Taktiken können sie nun feindliche Technik und Verteidigungsstellungen noch effektiver vernichten."

Die aus dem Ausland gelieferten Waffen würden Kadyrow zufolge von ukrainischen Truppen beim Rückzug zurückgelassen und von russischen Streitkräften erbeutet.

Zuvor hatte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu verkündet, dass das Gebiet der Lugansker Volksrepublik zu 97 Prozent befreit sei.

Dan-news.info: Die erste Sitzung des Obersten Gerichts der DVR in der Angelegenheit ausländischer Söldner, die in der Ukraine gekämpft haben, fand heute in Donezk statt, teilt der Pressedienst des Gerichts mit.

**„Nach vorbereitenden Anhörungen fand die erste Sitzung des Obersten Gerichts der DVR in der Angelegenheit ausländischer Söldner Kiews, die im Donbass gekämpft haben, statt.“
Vor Gericht standen die Bürger Großbritanniens John Pinner, Andrew Hill und der Bürger Marokkos Saadun Brahim.**